

Protokoll:	Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	512
		TOP:	2
Verhandlung		Drucksache:	819/2017
		GZ:	OB 1517-04.02
Sitzungstermin:	24.10.2017		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	Herr Dr. Görres (AfU)		
Protokollführung:	Frau Faßnacht / pö		
Betreff:	Masterplan 100 % Klimaschutz		

Vorgang: Ausschuss für Umwelt und Technik vom 10.10.2017, öffentlich, Nr. 459

Ergebnis: Einbringung, Vertagung der Vorberatung

Gemeinderat vom 12.10.2017, öffentlich, Nr. 197

Ergebnis: Vertagung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 06.10.2017, GRDRs 819/2017, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Den langfristigen Klimaschutzziele der Landeshauptstadt Stuttgart (Einsparungen der Treibhausgasemissionen um 95 % und Halbierung des Endenergieverbrauchs bis 2050 gegenüber dem Basisjahr 1990) wird zugestimmt.
2. Vom Masterplan-Konzeptentwurf wird zustimmend Kenntnis genommen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die im Konzept enthaltenen Maßnahmenvorschläge zu konkretisieren und den Entwurf weiterzuentwickeln.

4. Über die Umsetzung der im Masterplan vorgeschlagenen Maßnahmen sowie deren Finanzierung ist auf Grundlage gesonderter Beschlussanträge vom Gemeinderat zu entscheiden.

Weitere Beratungsunterlage ist der Antrag Nr. 887/2017 der SPD-Gemeinderatsfraktion vom 20.10.2017 "Zur GRDRs 819/2017 im UTA am 24.10.2017: Die Energiewende in Stuttgart kommt noch nicht so in Gang, wie wir uns das vorstellen: Masterplan 100 % Klimaschutz erst nach Anhörung des Fachbeirats und nach einer öffentlichen Diskussion zur Strategie der Stadtwerke beschließen!". Dieser Antrag ist dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei angeheftet, ebenso wie die von Herrn Dr. Görres (AfU) vorgestellte Präsentation.

Zu dem o. g. Antrag merkt BM Pätzold an, 2015 habe man begonnen, sich auf das Bundesforschungsprojekt "100 % Klimaschutz" der Kommunen zu bewerben. Ein entsprechender Antrag wurde 2016 zusammen mit den Stadtwerken Stuttgart, der SWSG, der EBZ und der EnBW gestellt. Die Federführung liege bei der Landeshauptstadt Stuttgart, vertreten durch das Amt für Umweltschutz. Eine Bedingung der Förderung sei es, den Entwurf eines Masterplans innerhalb eines Jahres zu beschließen. Diese Frist wurde bereits zweimal verlängert, sodass der Entwurf nunmehr beschlossen werden müsse, um in der Förderung weiterzugehen. Man werde den Masterplan im weiteren Verlauf konkretisieren und darüber diskutieren. 2017 wurde sehr intensiv mit verschiedenen Arbeitsgruppen getagt und man habe einen Fachbeirat ins Leben gerufen. Auf der Grundlage des SPD-Antrags Nr. 887/2017 schlage man vor

- in der Beschlussantragsziffer 2 das Wort "zustimmend" zu streichen,
- und die Beschlussantragsziffer 3 zu ergänzen um den Satz: "Dabei sollen im Frühjahr 2018 im UTA sowohl die Stadtwerke als auch Vertreterinnen und Vertreter aus dem Fachbeirat zu Wort kommen, um insbesondere das Thema Wärmewende zu diskutieren."
- Die Beschlussantragsziffern 1 und 4 bleiben unverändert.

Anschließend erläutert Herr Dr. Görres (AfU) den Entwurf des Masterplans 100 % Klimaschutz und den derzeitigen Stand mithilfe einer Präsentation.

In der nächsten Phase werde es um die Frage gehen, was kann umgesetzt werden und wie kann es umgesetzt werden, ergänzt BM Pätzold, der hierzu eine spannende Diskussion im nächsten Jahr erwartet.

Für die Vorstellung des Masterplans und die Erarbeitung des Papiers danken alle Rednerinnen und Redner seitens des Ausschusses.

StR Kotz (CDU) nimmt Bezug auf den "gewaltigen Zeitrahmen bis 2050", auf den man im Vorgriff diskutieren und beschließen soll. Es sei schwer abzusehen, was sich in dieser Zeitspanne alles verändern und entwickeln kann, z. B. im technischen Bereich, in der Industrie usw. Er hofft auf das Glück einer weiterhin guten Entwicklung der hiesigen Industrie, sodass man mit der Mobilitätsindustrie Weltmarktführer bleibt und diese Produkte in anderen Ländern der Welt dazu beitragen, deren Klimaziele zu erreichen.

Was die Wärmewende und den SPD-Antrag Nr. 887/2017 angeht, so müsse man schauen, was letztendlich der richtige Ansatz ist. Es könne besser sein, den Weg einer - ggf. langfristigen - Kooperation zu finden, um mit dem Thema voranzukommen, anstatt sich die nächsten acht Jahre zum Thema Wärmewende vor Gericht zu treffen und keine Klimaverbesserung zu erreichen.

Bezüglich des vermeintlich vorhandenen Potenzials an Windkraft sei er angesichts der Berichte im Aufsichtsrat der SWS froh, dieses Potenzial bisher nicht weiter ergriffen zu haben in Stuttgart. Wenn dies überhaupt ein Thema weiterhin sein soll, so müsste man seines Erachtens über die Gemarkungsgrenze hinausgehen.

Natürlich sei bei dem Weg bis 2050 die Perspektive entscheidend, welche Stadt man 2050 haben wird und was in ihr passiert. StR Kotz bedauert, dass die Vorgabe vom Fraunhofer Institut gesetzt wurde, "weil der Gemeinderat es bisher nicht geschafft hat, in einem visionär denkenden Prozess auszumachen, wo er die Entwicklung seiner Einwohnerzahl sieht." Was die große Zustimmung zu den Klimazielen seitens der Bürger/-innen betrifft, so hält er dies nicht für verwunderlich, denn "je länger das Ding weg ist, egal was sie fragen, umso höher ist die Zustimmung, weil die Leute dann entweder sagen, 'da leb ich schon gar nicht mehr' oder 'ich erinnere mich nicht mehr daran, ob ich zugestimmt habe, damals im Jahr 2017'. Er dankt sehr herzlich für den Masterplan und wünscht viel Kraft und Energie für die Umsetzung. Es sei der richtige Weg, den die CDU-Fraktion zusammen mit der Verwaltung gehen wolle.

StR Peterhoff (90/GRÜNE) sieht in der Vorlage eine gute Grundlage. Zwingend notwendig sei es, dass auch Stuttgart einen Masterplan 100 % Klimaschutz aufstellt, um zu schauen, wie man kommunal die Energiewende umsetzen kann. Der Blick auf die zwei Szenarien - Trendszenario und Masterplanszenario - zeige ernüchternd, wie es weitergeht, würde man weitermachen wie bisher. Wichtig seien die Erkenntnisse aus dem Papier in Bezug auf die erneuerbaren Energien, insbesondere das sehr große Potenzial bei den PV-Anlagen. Diesbezüglich müsse man deutlich mehr tun, explizit was städtische Gebäude angeht. So sollte die Stadt Vorreiter sein und bei jedem Projekt, wo die Möglichkeit dazu besteht, PV-Anlagen installieren.

Bei der Energieeffizienz liege das große Potenzial bei Gewerbe und Handel. Seine Fraktion habe für den Haushalt eine Stelle beantragt, um gezielt auf Firmen zugehen zu können. Was die Stromproduktion anbelangt, so sei es ernüchternd zu sehen, dass, selbst wenn alle Potenziale gehoben werden, der Strombedarf nicht aus Stuttgart heraus gedeckt werden kann, sondern noch immer 40 % des Stroms von außen geholt werden müssen.

Seine Fraktion vermisse in dem Papier noch die Gegenüberstellung der Ziele von Trendszenario gegenüber dem Masterplanszenario, z. B. bei den Gebäudesanierungen. Man habe eine Mammutaufgabe vor sich, weshalb die Ziele klar benannt werden müssen und auch klar benannt werden muss, was umzusetzen ist, um die Ziele zu erreichen. Darüber müsse der Gemeinderat wie auch der Fachbeirat nochmals diskutieren. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN lege dabei gerne noch eine Schippe drauf, um den Zielen näherzukommen. Den Antrag der SPD habe er dahingehend verstanden, dass die Maßnahmen herausgearbeitet werden müssen. Man begrüße die weitere Diskussion im Januar 2018, wo das Thema Wärmewende näher beleuchtet wird. Er spricht

sich dafür aus, außerdem das Thema Fernwärme gezielt zu betrachten, da hierfür eine Strategie gebraucht werde, wie es weitergehen soll.

StR Körner (SPD) vertritt die Meinung, es mangle der Landeshauptstadt Stuttgart nicht an Konzepten. Es sei schön, nun ein solches Konzept für 2050 zu haben, doch halte man dies für zu wenig, sondern meine, man müsse bei der Umsetzung ambitionierter voranschreiten als bisher. Energiewende in Stuttgart müsse vor allem eine Wärmewende sein, weshalb man den Antrag Nr. 887/2017 formuliert habe, den er im Folgenden ausführt. Wenn man nur die einzelnen Gebäude im Blick hat und nicht die Quartiere oder auch die damit verbundenen Netze Fernwärme - Nahwärme mitbetrachtet, dann sei dies eine sehr teure Angelegenheit. Es habe auch eine soziale Bedeutung, weil die energetische Gebäudesanierung für die Mieterinnen und Mieter oftmals mit enormen Preissprüngen bei der Miete verbunden ist. Entwickle man quartiersbezogene Konzepte, so könne man ökologisch mehr erreichen und für die Mieterinnen und Mieter eine verträglichere Mietentwicklung gewährleisten. Nach seinem Eindruck fokussiert sich die Stadt in dieser Hinsicht sehr auf ihre eigenen Gebäude und nehme das Quartier dazu nicht genügend in den Blick. Städtische Liegenschaften könnten dabei ein wichtiger Anker sein für das, was in der nächsten Umgebung liegt. Klar sei auch, dass dies in Neubaugebieten leichter gelingt als im Bestand.

Nach seinem Eindruck habe man bisher nicht wirklich eine Wärmestrategie. Dies sei auch deshalb nicht einfach, weil der wichtigste Fernwärmeanbieter die EnBW ist, mit welcher die Landeshauptstadt ständig im Rechtsstreit stehe. Daher treffe man manchmal Entscheidungen gegen die Fernwärmeversorgung eines Gebiets, obwohl dies die rationalere und ökologisch sinnvollere Energieversorgung wäre und stoße deswegen bei der Umsetzung anderer Konzepte sehr schnell an Grenzen. Als Beispiel nennt er den Bereich Stöckach, wo Fernwärme keine Rolle spielen werde.

Ganz wichtig sei seiner Fraktion, so bald wie möglich zu wissen, wie man bei der Wärmewende vorankomme. Er gehe davon aus, dass man mit der EnBW hierfür in irgendeiner Form zusammenkommen muss. Darüber hinaus sei für den Gemeinderat wichtig zu klären, welche Rolle die Stadtwerke Stuttgart spielen und welche Rolle die städtischen Liegenschaften spielen, wenn es darum geht, Quartierskonzepte zu entwickeln und umzusetzen. Mit den von BM Pätzold vorgeschlagenen Änderungen bzw. Ergänzungen könne man dem Beschlussantrag zustimmen und begrüße es, so schnell wie möglich im neuen Jahr die Diskussion um die Wärmewende zu führen und zur Umsetzung zu kommen.

StR Ozasek (SÖS-LINKE-PluS) hoffe, im Jahr 2050 eine erfolgreiche Bilanz ziehen zu können über den Masterplan. Völlig klar sei, "dass die Bewältigung der Menschheitsaufgabe Klimawandel sich entscheidet in den urbanen Ballungsräumen." Diese müssten die treibende Kraft sein für Dekarbonisierungsprozesse, die Energie-/Wärme-/Mobilitätswende. Darauf weise auch der Weltklimarat hin. Aus Sicht der Fraktionsgemeinschaft gehöre dazu noch die Ressourcenwende.

Die Erwartung sei, dass der Masterplan die Roadmap bildet für eine klimagerechte und nachhaltige Stadtentwicklung. Er dürfe daher nicht im Regal verstauben, sondern vielmehr soll aktiv und fortlaufend mit dem Masterplan gearbeitet werden. Vielen Punkten des Entwurfs, in den viele Initiativen und Forderungen von SÖS-LINKE-PluS eingeflossen seien, stimme man ausdrücklich zu. Schwächen sehe man darin, dass manche Punkte unkonkret geblieben sind oder teilweise ins Nebulöse abgleiten dort, wo politi-

sche Konflikte vorprogrammiert sind. Den Vorschlag des Vorsitzenden, die Runde mit dem Fachbeirat zu einem späteren Zeitpunkt nachzuholen, unterstützt er ausdrücklich, wenngleich es gut gewesen wäre, man hätte den Fachbeirat bereits bei diesem Entwurf bis zum Ende einbezogen.

Schwachstellen sieht er an folgenden Punkten:

Der Transformationspfad, um die Ziele bis 2050 zu erreichen, ist seines Erachtens unzureichend skizziert, beginnend von der Frage, was benötigen wir als Stadt, um die Ziele in den Handlungsfeldern zu erreichen? Welche Haushaltsmittel benötigen wir? Welches Personal brauchen wir in den zuständigen Ämtern? Welche Instrumente müssen geschaffen werden? So erwartet man, dass schon zu den anstehenden Haushaltsplanberatungen eine Vorlage erarbeitet wird, in der beispielsweise dargelegt wird, was benötigt wird, um 2020 zum Plusenergiegebäudestandard zu kommen. Im Hinblick auf das Potenzial für PV-Anlagen auf städtischen Dächern und Liegenschaften verweist er auf einen entsprechenden Haushaltsantrag und bittet darum, die Verwaltung möge die notwendigen Informationen einspeisen, damit der Gemeinderat diese Entscheidungen treffen kann.

Er begrüßt es, dass die Suffizienz als entscheidende Größe im Querschnitt mit angelegt wurde. Es sei daher richtig, auf die Ressourcenbilanz eines Menschen in Indien zu kommen, da ansonsten das ganze Verfahren scheitern werde. Gleichzeitig wolle man den Wohlstand und den Lebensstandard halten, was allerdings zu entkoppeln sei von der Ressourcen-Inanspruchnahme. Aus Sicht der Fraktionsgemeinschaft sind die Aussagen auf S. 73 der Vorlage dazu unzureichend. Man habe daher erneut einen Haushaltsantrag gestellt mit dem Ziel, einen ökologischen Fußabdruck für die Stadt abzubilden, um die Seite der Lebensstile und Konsummuster mit aufzunehmen.

Im Hinblick auf die solaren Potenziale und die geothermischen Erdwärmepotenziale legt er großen Wert darauf, dass diese gehoben werden. Dazu gehöre, die Netze unter kommunale Kontrolle zu bekommen. Die Blockade der EnBW, das Fernwärmenetz betreffend, schade der Energiewende. Die Landesregierung sei in der Verantwortung, endlich Druck zu machen, damit diese Blockade aufgegeben wird. Die Stadtwerke müssten außerdem in die Lage versetzt werden, die Energiewende operationalisieren zu können. Auch im Bereich der Geothermie und Erdwärme müsse die SWS ein eigenes Geschäftsfeld entwickeln und in der Unternehmensstrategie unterlegen. Damit die SWS ihre Rolle einnehmen und die Potenziale heben kann, brauche es entsprechende Instrumente, wie z. B. die Verabschiedung einer kommunalen Solarsatzung. Hierfür fehle jedoch die rechtliche Grundlage, welche von der Landesregierung zu schaffen wäre. Er spricht sich dafür aus, die Landesregierung dazu aufzufordern, die entsprechenden Rechtsgrundlagen zu schaffen.

Beim Thema Gebäudesanierung sei es notwendig, die Quoten zu verdoppeln oder sogar zu verdreifachen, um die Ziele zu erreichen. Zudem gelte es, den Übergang zu schaffen von der Teilsanierung zur Vollsanierung. Dafür müsse zunächst geklärt werden, welche Vorgaben, z. B. im E-Wärme-Gesetz des Landes, braucht es dazu? Er schlägt vor, das Land aufzufordern, gesetzgeberisch aktiv zu werden. In Bezug auf das Spannungsfeld und den Zielkonflikt mit der sozialen Frage stelle es ein großes Problem dar, dass 11 % der Modernisierungskosten auf die Mieten umgeschlagen werden können und die energetische Sanierung in die Modernisierungskosten einfließt. "Da müsste man die Frage aufwerfen, ob nicht W 16 als Aussage noch deutlich verschärft werden

müsste, wie wir gegenüber dem Bundesgesetzgeber in der Sache auftreten, denn es kann z. B. nicht sein, dass es Mietsteigerungen ohne den Wohnwert verbessernde Maßnahmen auf ewig geben darf!"

Darüber hinaus brauche es ein wirksames Instrument zur Senkung der Wohnflächen-Inanspruchnahme. Die Maßnahme W 12 enthalte Hinweise, z. B. verstärkt mit flexibleren Grundrissen zu arbeiten, es werde aber nicht klar, "dass wir zu kleineren Wohneinheiten mit 20 m² oder 30 m² kommen müssen, wozu wir die Bauträger auch verpflichten müssen. Und wir brauchen gemeinschaftliche Wohnformen angesichts einem heute 50 %-Anteil an Single-Haushalten."

Für zentral erachtet er, dass im Handlungsfeld Mobilität das Masterplanszenario davon ausgeht, dass im Stadtgebiet der MIV lediglich um 30 % sinken soll im Vergleich zum Trendszenario. Das Trendszenario bedeute aber eine erhebliche Erhöhung der Automobilität. Folglich bedeute dies faktisch nur eine Reduzierung des Autoverkehrs von 20 % im Jahr 2050. "Wir wollen keine autogerechte Stadtentwicklung, wir wollen im Jahr 2050 einen völlig anderen Mobilitätsmix und da kann man solche Zahlen dort nicht hinein formulieren!" Genauso absurd sei es, dass der Radverkehr nur unerheblich zunehmen soll, wo schon das Radverkehrskonzept von mindestens 12 % in der Kurzfristsperspektive ausgehe und 20 % am Modal Split ausmachen soll. Des Weiteren fehle eine Aussage zum klimaschädlichen Flugverkehr und es enthalte absurde Thesen, z. B., dass S 21 eine Kapazitätserweiterung des Bahnknotens bedeuten würde.

SÖS-LINKE-PluS schlagen vor, im Handlungsfeld Mobilität die Prämissen anders zu setzen. In der Studie der Landesregierung "Mobiles Baden-Württemberg - Wege zur Transformation zu einer nachhaltigen Mobilität" gebe es ein Szenario "neue Mobilitätskultur", welches gewährleiste, dass die sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitsziele des Landes erfüllt werden. Unter dem Strich bedeute dies im Jahr 2050 85 % weniger Autos, und daher sollte dieses Szenario die Grundlage sein, auf der man das Handlungsfeld Mobilität umformuliert.

Es fehlen außerdem Aspekte zur Ressourcenleichtigkeit von Infrastruktur, wozu Instrumente und Maßnahmen entwickelt werden müssen, um beispielsweise den urbanen Holzbau zu fördern, dass mit Sekundär-Rohstoffen gearbeitet wird und nicht mit Primär-Rohstoffen, dass graue Energie konserviert werden soll. Man schlage im Haushalt hierfür vor, dass Stuttgart, ähnlich wie die Stadt Zürich, eine kommunale Ressourcenstrategie entwickelt.

Abschließend erinnert der Stadtrat an die noch immer ausstehende Klimaschutzkampagne und fordert die Verwaltung auf, diese endlich vorzulegen. Das Thema Suffizienz müsse dort eine große Rolle spielen. Er kündigt an, die aufgezählten Punkte in Antragsform zu bringen, sodass die Fraktionen sich im Gemeinderat dazu verhalten können.

StR Zeeb (FW) gibt zu bedenken, es sei eine Sache, Gebäudesanierungen zu fordern, denn schließlich seien diese von irgendjemandem zu bezahlen. Des Weiteren wolle er sich als Stuttgarter Bürger nicht mit Indien vergleichen, sondern es gehe um die Lebensqualität in Stuttgart. Äußerst lobenswert sei daher, dass so viele Beteiligte an dem Papier mitgewirkt haben. Wichtiger als Konzepte erachtet er Erfolge, insofern bittet er darum, in einer nächsten Stufe dem Ausschuss einige Stellschrauben zu nennen, von dem das Amt für Umweltschutz glaubt, kurzfristig Erfolge in Stuttgart erzielen zu können. Angesichts des anspruchsvollen Themas sollte man für die anstehenden Haus-

haltsplanberatungen die Wünsche im Hinblick auf Stellenschaffungen kennen, um zumindest die nächsten kleinen Schritte umsetzen zu können.

Mit Blick auf ein mehrseitiges "Pamphlet" der Kommunalen Stadtwerke, welches an OB Kuhn gerichtet war, fragt er, ob beabsichtigt werde, dazu Stellung zu nehmen bzw., ob die dort genannten Kritikpunkte bereits in den Masterplan eingeflossen sind.

Auf den mittlerweile erfolgten Ausstieg der USA und China aus dem Welt-Klimaschutzvertrag nimmt StR Brett (AfD) Bezug. Er glaubt, "wir haben als Mensch den geringsten Einfluss auf das Klima" und man würde mit noch engagierteren Klimaschutzzielen "unsere Wirtschaft kaputtmachen". Der Plan der Bundeskanzlerin, bis zum Jahr 2020 eine Million E-Fahrzeuge in Deutschland zu haben, sei unrealistisch. Auch frage er sich, wer die im Masterplan genannten Maßnahmen bezahlen soll. Würde man die vorgeschlagenen Energiesparmaßnahmen allesamt umsetzen, würde sich der Quadratmeterpreis für Wohnraum auf 20 € erhöhen. Dies hätte wiederum die Folge, dass die Menschen in Landkreise ziehen, wo die Umweltauflagen niedriger sind, und anschließend zwischen Wohn- und Arbeitsort pendeln. Folglich gelte es, den Spagat zu schaffen zwischen einer lebenswerten Umwelt einerseits und Klimazielen, die in einem Verhältnis zum Einkommen stehen, andererseits. Er erinnert an das Fiasko, das man erlebt habe beim Thema Windkraft in Stuttgart. Das einzig Brauchbare in dem Papier sei das Thema Abwärme, aus dem sich einiges entwickeln lasse. Völlig unverständlich ist ihm aus den genannten Gründen der Wunsch nach mehr Personal.

Für StR Conz (FDP) geht aus dem Konzept als Schlagwort das Thema Suffizienz klar hervor. Suffizienz heiße im Klartext, die Leute sollen sich einschränken, damit sie weniger Strom und andere Ressourcen verbrauchen. Bei der Befragung von Leuten, wie man sie am ehesten zu einer Verhaltensänderung bringen kann, sei als erster Punkt finanzielle Anreize und als zweiter Punkt ein erkennbarer Nutzen für einen selber genannt worden. Somit könne man davon ausgehen, dass die Leute nichts ändern.

Das Ergebnis beim Einsatz von Windrädern sei mickrig im Vergleich zum Ausbau von Photovoltaik, weshalb man sich auf das Letztere konzentrieren sollte. Auch den Ausbau der Fernwärme hält er für schwierig, weil diese teurer ist, und die Menschen einen günstigen Energieträger bevorzugen. Da es für Fernwärme wie auch für Nahwärme nur einen Anbieter gibt, finde dort kein Wettbewerb statt. Beim Thema Gas seien dagegen deutliche Zuwächse zu verzeichnen. Aus seiner Sicht sollte man daran weiterarbeiten, Gas als Energiequelle auszubauen, was gut und ökologisch gegenüber z. B. Ölheizungen sei. Zudem stelle sich der finanzielle Anreiz sofort dar, indem weniger Energie verbraucht wird, und gleichzeitig auf einem gleich hohen Niveau wie bisher agiert werden kann.

Er verstehe die Ausführungen zur Suffizienz auf S. 71 der Vorlage so, dass das Netz unzuverlässig gemacht wird, "wenn per planwirtschaftlicher Schaltung den Leuten einfach die Klimaanlage oder ihre Wärmepumpe abgeschaltet wird". Die Folge davon wäre, dass die Leute auf das Netz pfeifen, und stattdessen einen Stromgenerator oder thermische bzw. elektrische Speicher einbauen lassen. Es spiele dann keine Rolle mehr, ob das Netz in die städtische Hoheit gebracht wurde, wenn die Menschen vorher dazu gezwungen werden, sich vom Netz unabhängig zu machen.

Er bemängelt außerdem, dass in dem Konzept der Individualverkehr stark auf elektrischen Individualverkehr reduziert werde, was jedoch eine entsprechende Infrastruktur

erfordere. Die FDP habe einen Antrag zum Thema Lade-Infrastruktur formuliert, mit dem Ziel, bereits früher als 2020 eine solche zur Verfügung zu haben. Mit Spannung erwartet er die Antwort der Verwaltung.

Nach dem Eindruck von StR Dr. Schertlen (STd) ist dem Konzept kein echter Wille hinterlegt. Grundsätzlich sei es begrüßenswert, den Klimaschutz ernst zu nehmen, Einsparungen vorzunehmen und die Form der Energiegewinnung zu betrachten. Er halte jedoch das Ziel, 95 % der Treibhausgasemissionen zu reduzieren, für unrealistisch. Wenn eines der zu hoch gesteckten Ziele nach dem anderen gerissen wird, so sei dies demotivierend. Das Thema Hausautomatisierung als ein Mosaikstein der Wärmewende finde in dem Konzept nur halbherzige Berücksichtigung. Gleiches gelte für Solarzellen/Photovoltaik, wo man selbst im Ausschuss Woche für Woche nachfragen müsse, ob dies vorgesehen und eingeplant ist.

Zweifel habe er außerdem an der Aussage auf Seite 9 der Vorlage, wonach Botnang der am dichtesten besiedelte Stadtbezirk ist. Auf Seite 62 werden LEDs thematisiert, die mit automatischer Steuerung noch sparsamer geschaltet werden können. Da LEDs ohnehin wenig Energie verbrauchen, lohne es sich nicht, durch Automatisierung noch mehr einzusparen. Zur "Kühlschrank-Abwrackprämie" auf Seite 73 merkt er an, betrachte man die Gesamtenergiebilanz, so sei diese deutlich negativ und die Stromrechnung derjenigen, die ein neues Gerät kaufen, sinke damit nicht merklich. Im Hinblick auf die Seite 87 und die Aussage, eine jährliche Steigerung von 2,87 % würde bis 2050 zu einer Verdoppelung der Fahrgäste bei der SSB führen, fehlt aus seiner Sicht ein Hinweis auf neue Strecken. Da diesbezüglich kein entsprechender Ausbau in Planung ist, betrachtet er eine Verdoppelung für unrealistisch. Was die Seite 90 und den Ausbau der Haupttradrouten angeht, so müsse man sich fragen, ob die Planung mit den Haupttradrouten überhaupt noch sinnvoll ist, oder ob man nicht vielmehr über andere Strecken nachdenken muss, wo mit weniger Aufwand und in kürzerer Zeit ein deutlicher Mehrertrag für den Radverkehr erreicht werden kann.

Er zieht das Fazit, dass es sich um ein Papier mit insgesamt wenig Praktikabilität handelt. Aus seiner Sicht sollte man sich eher darum kümmern, regenerativ ausreichend viel Energie zu ernten. Dies müsse nicht unbedingt in Stuttgart stattfinden, sondern die Wasserstoffgewinnung könne z. B. auch in der tunesischen Partnerstadt Stuttgarts erfolgen. Angesichts der zahlreichen Tunnelbaustellen in Stuttgart regt er an, Geothermie mit einzubauen. Festzuhalten bleibe auch, dass Abwrackprämien - egal welcher Art - von der Gesamtenergiebilanz her immer negativ sind.

Er beantragt, getrennt über die Beschlussantragsziffern abzustimmen. Da er die Beschlussantragsziffer 1 für unrealistisch halte, könne er dieser Ziffer nicht zustimmen. Sofern in der Beschlussantragsziffer 2 das Wort "zustimmend" gestrichen wird, könne er dieser Ziffer zustimmen. Die Beschlussantragsziffer 3 betreffend fordert er, nicht nur die Wärmewende aufzuführen, sondern am Ende der Ziffer die Formulierung "und um weitere" zu ergänzen.

BM Pätzold hält fest, man werde im nächsten Jahr verschiedene Themen weiter diskutieren. Die Einbindung verschiedener Akteure habe gezeigt, dass es wichtig ist, die verschiedenen Interessen und Standpunkte untereinander auszutauschen. Beim Thema Wohnen habe man eine anregende Diskussion geführt um die Themen Energieeinsparung und Kosten und die Frage, was hat das mit den Mieten zu tun. Daran werde man weiterdiskutieren und einen Weg finden müssen zur Umsetzung.

Die Weiterentwicklung des Konzepts beinhalte die von StR Dr. Schertlen angesprochenen Themen. Im Frühjahr 2018 werde man das Thema Wärmewende und andere Punkte weiter diskutieren. Zutreffend sei, dass man nicht weiß, wie der technische Fortschritt voranschreitet. Die stärkste Reduktion hatte man mit 40 % im verarbeitenden Gewerbe, insbesondere durch neue Techniken, Energieeinsparung und effizientere Produkte. Gegenüber vor fünf Jahren sei es heutzutage Standard, LED-Leuchten einzubauen. Wichtig sei auch das Thema Gebäudesanierung, weshalb das EBZ eingebunden ist. Die Verwaltung erachte es als wichtig, die Hauseigentümer direkt anzusprechen und ihnen die Förderprogramme nahezubringen. Auch das Thema Quartiersentwicklung wurde als wichtiges Thema identifiziert, um Synergieeffekte zu erzielen. Der Fachbeirat sei ebenfalls wichtig. Es treffe nicht zu, dass die Kommunikation abgerissen ist, sondern man habe - nachdem der Fachbeirat getagt hat - den Entwurf erarbeitet und danach in die Ämterabstimmung gebracht. Auf Grundlage dieses Entwurfs werde die zentrale Frage sein, was kann wirklich umgesetzt werden und wie kann es umgesetzt werden.

Was die vermeintlich unrealistische Zielsetzung angeht, vertritt der Vorsitzende die Auffassung, Ziele müsse man sich setzen und schauen, wie man sie erfüllen kann. Würde man die Ziele zu tief ansetzen, hätte man keinen Anreiz mehr. Das Konzept sei außerdem entwickelt aus der Notwendigkeit heraus, beim Thema Klimaschutz voranzusteuern. Das von StR Zeeb angesprochene Papier der SWS sei erst gestern am Spätnachmittag verschickt worden. Das Thema Stromspar-Check finde sich z. B. im Haushaltsentwurf wieder.

Abschließend weist er darauf hin, dass der Masterplan bis 2020 gefördert wird vom Bund, insbesondere auch durch zwei Personalstellen, die finanziert werden, um das Konzept zu begleiten und die Maßnahmen so vorzubereiten, dass man in die Umsetzung gehen kann. Das Ziel sei die Umsetzung, worüber im Weiteren zu diskutieren sei.

BM Pätzold lässt auf Antrag von StR Dr. Schertlen getrennt über die Beschlussantragsziffern in der folgenden Fassung abstimmen:

1. Bleibt unverändert.
2. Vom Masterplan-Konzeptentwurf wird Kenntnis genommen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die im Konzept enthaltenen Maßnahmenvorschläge zu konkretisieren, zu ergänzen und den Entwurf weiterzuentwickeln. Dabei sollen im Frühjahr 2018 im UTA sowohl die SWS als auch Vertreter/-innen aus dem Fachbeirat zu Wort kommen, um insbesondere das Thema Wärmewende zu diskutieren.
4. Bleibt.

Er stellt fest:

Der Ausschuss für Umwelt und Technik stimmt der **Beschlussantragsziffer 1** mit 15 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung mehrheitlich zu.

Der Ausschuss für Umwelt und Technik stimmt der **Beschlussantragsziffer 2** einmütig zu.

Der Ausschuss für Umwelt und Technik stimmt der **Beschlussantragsziffer 3** einmütig zu (1 Enthaltung).

Der Ausschuss für Umwelt und Technik stimmt der **Beschlussantragsziffer 4** ebenfalls bei 1 Enthaltung einmütig zu.

Zur Beurkundung

Faßnacht / pö

Verteiler:

- I. Herrn Oberbürgermeister
zur Weiterbehandlung
weg. GR

- II. nachrichtlich an:
 1. S/OB
Strategische Planung
S/OB-Mobil
 2. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Amt für Liegenschaften und Wohnen (2)
 4. Referat StU
Amt für Umweltschutz
 5. Rechnungsprüfungsamt
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN